

Reform gescheitert

In Bayern bleibt es beim bisherigen System der Krankenhausförderung. Die SPD fand im Landtag keine Mitstreiter für ihren Gesetzentwurf zur Änderung des Krankenhausgesetzes. Kernpunkt der Vorlage war eine bedarfsgerechte Förderung von Ausbau- und Modernisierungsmaßnahmen, die sich am tatsächlichen Investitionsbedarf der Kliniken orientiert. Grundlage dafür sollten die Berechnungen des Instituts für das Entgeltsystem im Krankenhaus (InEK) werden. Dieses habe für Bayern einen Bedarf von gut 1 Milliarde Euro pro Jahr ermittelt, im Haushalt seien aber nur 640 Millionen Euro eingestellt, erläuterte die SPD-Abgeordnete Ruth Waldmann. Zudem sah der Gesetzentwurf eine gesonderte Förderung für den Bau von Bedienstetenwohnungen vor, um dem Pflegepersonal mietgünstigen Wohnraum anbieten zu können. Zudem sollte der Freistaat die energetische Sanierung von Kliniken fördern, um diese von hohen Heizkosten zu entlasten.

Nach Ansicht von Christina Haubrich (Grüne) sind die Ziele der SPD richtig gewählt. Die Lösung der Probleme könne aber nicht sein, in ein „ohnehin nicht funktionierendes System noch

mehr Steuergelder zu pumpen“. Nötig sei eine grundlegende Reform der Krankenhausfinanzierung, die Vorschläge der Berliner Ampel dazu seien „vielversprechend“. Aufgabe der Staatsregierung sei es nun, dafür eine bedarfsgerechte Krankenhausplanung für Bayern zu erarbeiten. Ähnlich äußerte sich Dominik Spitzer (FDP). Roland Magerl (AfD) erklärte, die Vorschläge der SPD seien nicht einmal ein Pflaster auf die Wunden in der Krankenhausversorgung. Diese sorgten im Gegenteil für die Gefahr der Schließung weiterer Kliniken auf dem Land.

Ein „falsches Spiel“ warf Martin Mittag (CSU) der SPD vor. Sie beklage zu Unrecht die Untätigkeit der Staatsregierung, Sorge mit den Plänen der Ampel-Regierung für neue Verwerfungen. Der Gesetzentwurf basiere zudem auf abstrakten Berechnungen und einer dünnen Datenbasis. Susann Enders (FW) betonte, die bayerische Krankenhausförderung sei bundesweit vorbildlich. Die SPD erwecke einen falschen Eindruck. Gesundheitsminister Klaus Holetschek (CSU) ergänzte, die Staatsregierung tue, was sie könne, man lasse die Krankenhäuser in Bayern nicht im Stich. Am Zug sei nun die Bundesregierung. > JUM